

Bericht der Herbstsession 2022

Sehr geehrte Damen und Herren

In der Herbstsession berieten die eidgenössischen Räte diverse Vorlagen zur Stärkung des Forschungs- und Innovationsstandorts Schweiz, aber auch im Bereich der Bildung wurden Entscheide gefällt. Während der Nationalrat seitens der Bundesverwaltung mehr Transparenz hinsichtlich der Verwendung der Finanzmittel aus dem Horizon-Kredit forderte, stellte sich der Ständerat geschlossen hinter zwei Gesetzesvorlagen des Bundesrates: einerseits im Bereich Forschungsinfrastrukturen und andererseits hinsichtlich der Ausbildung von Pflegepersonal.

Ich wünsche Ihnen eine gute Lektüre.

Petra Studer, petra.studer@netzwerk-future.ch

ENTSCHEIDE DES PARLAMENTS

Die Schweiz soll sich an europäischen Forschungsverbänden beteiligen

Der Ständerat stimmte dem Beitritt der Schweiz zu sechs europäischen Forschungsinfrastrukturnetzwerken, genannt «European Research Infrastructure Consortium» (ERIC, 22.030) oppositionslos zu. Im Rahmen von ERIC soll die Zusammenarbeit von mehreren Forschungsverbänden in Europa ermöglicht werden, damit gemeinsame Forschungsinfrastrukturen aufgebaut werden können. Die sechs ERIC heissen «Biobanking and Biomolecular Resources Research Infrastructure», «Consortium of European Social Science Data Archives», «Digital Research Infrastructure for the Arts and Humanities», «European Clinical Research Infrastructure Network», «European Plate Observing System» und «Integrated Carbon Observation System». Die dafür notwendigen Finanzmittel sind bereits in der BFI-Botschaft 2021-2024 enthalten. Die kleine Kammer stimmte zudem einstimmig für die Änderung des Bundesgesetzes über die Förderung der Forschung und Innovation (FIFG), damit in Zukunft der Bundesrat über den Beitritt zu den ERIC entscheiden kann. Das Geschäft geht nun an den Nationalrat.



Der Nationalrat fordert Klarheit bezüglich der Horizon-Finanzmittel

Der Nationalrat will mehr Transparenz und Übersicht bezüglich der Verwendung der Mittel des Verpflichtungskredits «Horizon-Paket 2021-2027». Er nahm eine entsprechende Motion (**22.3876**) seiner Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-N) mit 133 zu 50 Stimmen an. Das Parlament sprach im Jahr 2020 rund 6,15 Milliarden Franken für die Assoziierung der Schweiz am europäischen Rahmenprogramm für Forschung und Innovation «Horizon Europe» in den Jahren 2021-2027. Infolge der Nicht-Assoziierung konnten diese Gelder jedoch teilweise nicht ausgegeben werden und es fielen hohe Kreditreste an – 665 Millionen Franken im Jahr 2021. Mit dieser Motion fordert die grosse Kammer Klarheit über die Verwendung der gesprochenen Finanzmittel in der Vergangenheit sowie auch in den kommenden Jahren. Diese soll mittels eines fortlaufend zu aktualisierenden Dashboards hergestellt werden. Der Bundesrat ist der Ansicht, dass bereits ausreichend Transparenz gewährleistet sei, und beantragte daher die Ablehnung der Motion. Als Nächstes wird sich der Ständerat dazu äussern.



Der Ständerat will die Ausbildungsoffensive im Pflegebereich rasch umsetzen

Die kleine Kammer hiess in der ersten Sessionswoche die Botschaft des Bundesrates zur Umsetzung einer Ausbildungsoffensive im Pflegebereich (**22.040**) einstimmig gut. Es handelt sich dabei um die erste Etappe zur Umsetzung der vom Stimmvolk im November 2021 angenommenen «Pflegeinitiative». Sowohl der Bundesrat als auch die vorberatende Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK-S) betonten den Willen, das Volksbegehren rasch umzusetzen. Die Vorlage sieht die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege während acht Jahren durch Bund und Kantone vor. Ausserdem soll es Pflegefachpersonen ermöglicht werden, bestimmte Leistungen direkt ohne ärztliche Anordnung zulasten der Sozialversicherungen abzurechnen. Daneben ist die Förderung von Projekten vorgesehen, die der Effizienz in der medizinischen Grundversorgung dienen, insbesondere der Interprofessionalität. Die Gesamtkosten dieser ersten Etappe liegen für den Bund bei 502 Millionen Franken. Das Geschäft wird voraussichtlich in der Wintersession im Nationalrat behandelt.



AUSSERDEM HABEN DIE PARLAMETARIERINNEN UND PARLAMETARIER ...

- ...im Nationalrat mit 87 zu 72 Stimmen bei 25 Enthaltungen eine Motion (**21.4377**) angenommen zur Anschubfinanzierung von digitalen Leuchtturmprojekten von öffentlichem Interesse. Die grosse Kammer hiess dieses Anliegen als Zweitrat gut. Der Bundesrat wird sodann einen Gesetzesentwurf ausarbeiten.
- ...im Ständerat die Motion «Die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung als Teil des Bildungsraums Schweiz positionieren» (**22.3391**) mit 23 zu 14 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt. Die Motion der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (WBK-N) forderte insbesondere ein finanzielles Engagement des Bundes für die Fortsetzung des Projekts «viamia» für die kostenlose Standortbestimmung für Personen ab vierzig Jahren. Das Anliegen ist somit erledigt.
- ...im Ständerat das Postulat «Wie kann das mit grossem Tierleid behaftete Züchten und Töten hunderttausender Labortiere reduziert werden?» (**22.3612**) mit 18 zu 15 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. Der Bundesrat muss somit keinen Bericht verfassen, der aufgezeigt, wie die Zahl überschüssiger Labortieren reduziert werden kann.
- ...im Nationalrat mit 114 zu 64 Stimmen bei 10 Enthaltungen das Postulat «Bericht und Strategie zur Steigerung des Frauenanteils in MINT-Berufen» (**22.3878**) angenommen. In Zusammenarbeit mit den Kantonen muss der Bund die bisher ergriffenen Massnahmen zur Steigerung des Frauenanteils in Berufen der Bereiche Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik aufzeigen, deren Wirksamkeit analysieren sowie eine spezifische Strategie erarbeiten.
- ...im Nationalrat das Postulat «Zugang zu Hochschulen (Universitäten/ETH) mit Berufsmatur im entsprechenden Fachbereich» (**20.4202**) mit 149 zu 31 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen. Der Bundesrat muss in Zusammenarbeit mit den Kantonen prüfen, ob Absolventinnen und Absolventen der Berufs- und Fachmatura direkt und ohne Passerelle zu einem universitären Lehrgang in ihrem Fachbereich zugelassen werden können.
- ...im Ständerat einstimmig die Motion «Forschung und klinische Versuche

mit nicht-kommerziellen Medizinprodukten fördern und nicht behindern. Anpassung von Gebühren und Auflagen ist dringend» (21.4346) angenommen. Insbesondere sollen die Gebühren bei der Heilmittelbehörde Swissmedic für Projekte von jungen Forschenden angepasst werden. Der Bundesrat muss demnach einen Vorschlag ausarbeiten zur Anpassung des entsprechenden Gesetzes.

VOM BUNDESRAT BEANTWORTET



Beteiligung der Schweiz an den europäischen Forschungsrahmenprogrammen. Bilanz und Ergebnisse?

Interpellation (22.3845) von Nationalrat Laurent Wehrli (FDP).
Eingereicht am 17. Juni 2022.
Der Bundesrat hat am 31. August 2022 darauf geantwortet.



Aussagekräftige und transparente Tierversuchsstatistik

Interpellation (22.3808) von Nationalrätin Meret Schneider (GPS).
Eingereicht am 17. Juni 2022.
Der Bundesrat hat am 24. August 2022 darauf geantwortet.



Die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wissenschaft, Technologie, Innovation und Kultur mit Taiwan festigen und vertiefen

Motion (22.3713) von Nationalrat Mustafa Atici (SP).
Eingereicht am 16. Juni 2022.
Der Bundesrat hat am 31. August 2022 die Ablehnung der Motion beantragt.



Hoch qualifizierten Immigrierten mit Vorbereitungskursen den Zugang zu einem Hochschulstudium ermöglichen

Motion (22.3712) von Nationalrat Mustafa Atici (SP).
Eingereicht am 16. Juni 2022.
Der Bundesrat hat am 31. August 2022 die Ablehnung der Motion beantragt.

Schaffung von Transparenz für die Studentinnen und



Studenten betreffend die effektiven Kosten des Hochschulstudiums

Motion (22.3779) von Nationalrat Thomas Aeschi (SVP).

Eingereicht am 16. Juni 2022.

Der Bundesrat hat am 24. August 2022 die Ablehnung der Motion beantragt.



Ausgewogene Bildungspolitik

Interpellation (22.3653) von Nationalrätin Sandra Sollberger (SVP).

Eingereicht am 15. Juni 2022.

Der Bundesrat hat am 24. August 2022 darauf geantwortet.



Gleiche Stellung der Landessprachen im akademischen und wissenschaftlichen Bereich

Interpellation (22.3584) von Nationalrätin Anna Giacometti (FDP).

Eingereicht am 9. Juni 2022.

Der Bundesrat hat am 31. August 2022 darauf geantwortet.



Fachkräftemangel an der Wurzel anpacken: Numerus clausus für Sozial- und Geisteswissenschaften?

Anfrage (22.1028) von Nationalrat Manuel Strupler (SVP).

Eingereicht am 8. Juni 2022.

Der Bundesrat hat am 31. August 2022 darauf geantwortet.

NEU EINGEREICHTE VORSTÖSSE



Kohäsionsfonds und Unterstützung der Hochschulen: Welche Perspektiven für die Universität Neuenburg?

Interpellation (22.3923) von Nationalrat Baptiste Hurni (SP).

Eingereicht am 15. September 2022.



Akademische Nachwuchsförderung im Bereich der Gesundheitsberufe stärken

Interpellation (22.3923) von Nationalrätin Natalie Imboden (GPS).

Eingereicht am 26. September 2022.



Fachkräftemangel wirksam bekämpfen

Parlamentarische Initiative (22.472) von Nationalrätin Katharina Prelicz-Huber (GPS).

Eingereicht am 29. September 2022.



Kein Gendern an den Hochschulen und Forschungsanstalten des Bundes

Parlamentarische Initiative (22.475) von Nationalrätin Theres Schläpfer (SVP).

Eingereicht am 29. September 2022.



Den Fachkräftemangel mit allen mildern, die einen Abschluss in der Höheren Berufsbildung haben

Motion (22.4105) von Nationalrat Mustafa Atici (SP).

Eingereicht am 29. September 2022.



Massnahmen zur Förderung der Hausarztmedizin

Interpellation (22.4187) von Nationalrätin Patricia von Falkenstein (FDP).

Eingereicht am 29. September 2022.



Aktuelle Daten zum Fachkräftemangel in der Pflege: Vorlegen oder jetzt beschaffen

Interpellation (22.4136) von Ständerat Pirmin Bischof (Die Mitte).

Eingereicht am 29. September 2022.



Ein Datensystem für die Forschung im Gesundheitsbereich

Anfrage (22.1056) von Nationalrat Baptiste Hurni (PS).

Eingereicht am 29. September 2022.



Fachkräftemangel ICT: Es besteht Handlungsbedarf!

Anfrage (22.1058) von Nationalrätin Greta Gysin (GPS).

Eingereicht am 29. September 2022.



Wie kann die Attraktivität der Berufsbildung in der Schweiz gesichert werden?

Postulat (22.4102) von Nationalrat Philippe Nantermod (FDP).

Eingereicht am 30. September 2022.

Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt.

Sie sind bei uns mit der E-Mail-Adresse eingetragen.

Sie möchten keine weiteren Informationen per E-Mail erhalten? **abmelden**

KONTAKT

Netzwerk FUTURE

Münstergasse 64/66, 3011 Bern

Tel. 031 351 88 46

info@netzwerk-future.ch

www.netzwerk-future.ch

Das Netzwerk FUTURE umfasst Partner aus Hochschulen, Wissenschaft und Politik. Es fördert die Unterstützung für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI) und den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft.

5. Oktober 2022
